

Karl Marx und ›Class voting‹

Von Line Rennwald

Die Entwicklung der linken Parteien ist von der Entstehung des Industrieproletariats und der ArbeiterInnenklasse nicht zu trennen. Ende des 19. Jahrhunderts bilden die Prozesse der Industrialisierung und Demokratisierung einen fruchtbaren Boden für den Aufschwung beider Arme der ArbeiterInnenbewegung: Die Parteien als politischer Arm, die Gewerkschaften als wirtschaftlicher Arm. Mit dem nach und nach eingeführten allgemeinen (männlichen) Wahlrecht wird für die linken Parteien die Mobilisierungskraft in der ArbeiterInnenklasse zu einer zentralen Ressource. Da dieser Prozess zu seinen Lebzeiten noch in seinen Anfängen steckte, hat sich Karl Marx nie vertieft mit dem klassenspezifischen Wahlverhalten (class voting) der ArbeiterInnen auseinandergesetzt. Trotzdem ist sein Werk von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, Rückschlüsse auf das politische Verhalten von sozialen Klassen zu ziehen.

Wahlteilnahme und Sozialismus

Zur Zeit, als Marx die meisten seiner Schriften verfasst, verfügen die ArbeiterInnen in den meisten Ländern noch nicht über das Wahl- und Stimmrecht. Die sozialistischen, sozialdemokratischen und ArbeiterInnenparteien sind erst gerade am Entstehen. Entsprechend schwer gestaltet sich die Suche nach Aussagen von Marx zum Stimmverhalten der ArbeiterInnen. Im Kommunistischen Manifest von 1848 allerdings stellen Marx und Engels einen klaren Zusammenhang zwischen der proletarischen Revolution und der Eroberung der Demokratie her: »Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist« (MEW 4, 481). Engels wird in einem Vorwort von 1895 zur von Marx bereits 1850 verfassten Schrift ›Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850‹ noch deutlicher: »Schon das ›Kommunistische Manifest‹ hatte die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamiert« (MEW 7, 518).

Mit der Entwicklung der liberalen Demokratie und dem allgemeinen Wahlrecht kommt es innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu Auseinandersetzungen darüber, ob und wie man an den Wahlen teilnehmen solle. Die heftigste Opposition kommt aus den Reihen der AnarchistInnen, die

ganz grundlegend die Beteiligung an bürgerlichen Institutionen ablehnen und die politische Arbeit für wirkungslos halten. Die SozialistInnen hingegen setzen sich für das allgemeine Wahlrecht ein und nehmen an den Wahlen teil. Ihre Haltung bleibt aber ambivalent, wie die beiden Politologen Przeworski und Sprague in ihrer Geschichte der sozialistischen Wahlbewegungen festhalten. Die beiden Autoren warnen vor der Versuchung, Marx eine klare Haltung in dieser Frage zuschreiben zu wollen: »Little is to be gained by interpreting and reinterpreting every word Marx wrote about bourgeois democracy for the simple reason that Marx himself and the men and women who led the newly founded parties were not quite certain what to expect of electoral competition« (1986, 15).

Am deutlichsten hat sich Engels mit der Diskussion um die Wahlteilnahme und die Folgen für die Entwicklung des Sozialismus auseinandergesetzt. In seiner Einleitung zur Schrift ›Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850‹ bezeichnet er das allgemeine Wahlrecht als wichtige Waffe in den Händen der ArbeiterInnenklasse. Er verfolgt nach der Niederlage der Commune in Frankreich besonders den deutschen Fall. Fast euphorisch klingt seine Beschreibung der Erfolge der Sozialdemokraten an den Urnen nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. 1871 stimmten nur etwa 100'000 Deutsche für die Sozialdemokratische Partei, schon sechs Jahre später, 1877, sind es fast eine halbe Million. Die Sozialistengesetze von Bismarck (1878–1890) zeigen kaum Wirkung: 1884 überschreitet die SPD die Grenze von 500'000 Stimmen, 1890 wird sie von 1.5 Millionen gewählt (MEW 7, 518).

Engels sieht im deutschen Beispiel ein Vorbild für andere Länder: »Sie hatten ihren Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert, indem sie ihnen zeigten, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht [...] Sie haben das Wahlrecht (...) verwandelt aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in einem Werkzeug der Befreiung« (ebd., 518f). Engels sieht in der Teilnahme an Wahlen viele Vorteile für die deutschen ArbeiterInnen. Wahlen dienen dazu, die Stärke der eigenen Bewegung und jene der Gegner zu messen, sie dienen als Propagandainstrument, sie lassen es zu, dass man zukünftige Aktionen besser einschätzt (»es bewahrt vor unzeitiger Zaghaftigkeit ebensosehr wie vor unzeitiger Tollkühnheit«), und sie bieten letztlich dank der parlamentarischen Tribüne auch eine Möglichkeit, mit jenen Bevölkerungsteilen in direkten Kontakt zu treten, die der Bewegung noch entfernt sind. Dank dem allgemeinen Wahlrecht und seinem erfolgreichen Einsatz durch die deutschen ArbeiterInnen verfügt das Proletariat über eine neue »Kampfweise« (ebd., 519).

Engels sieht die Entwicklung der Wähleranteile der ArbeiterInnenparteien in naher Zukunft sehr optimistisch, ja er meint sogar, sie sei »so unaufhaltsam (...) wie ein Naturprozess. (...) Auf 2¼ Millionen Wähler kön-

nen wir schon heute rechnen. Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den grösseren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle andern Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht« (ebd., 524). Die direkte Verbindung von Wahlerfolgen der ArbeiterInnenparteien und dem nahenden Sieg des Proletariats ist bei Engels offensichtlich. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch sein Hinweis auf die so möglichen Allianzen mit anderen sozialen Klassen.

Marx' Werk

Marx' Werk ist zentral für die Analyse der sozialen Schichtung und, hier spezifisch, für die Analyse der Auswirkung der sozialen Schichtung auf das Wahlverhalten. Gleichwohl sollte man nicht vergessen, dass Karl Marx, zu einer Zeit, als die Soziologie eben erst die Bühne der Wissenschaft betritt, nicht der einzige ist, der über soziale Klassen schreibt. Die marxischen Theorien über Geschichte und Gesellschaft führten auch bürgerliche TheoretikerInnen dazu, Antworten auf ähnliche Fragen zu suchen. Der bedeutendste dieser bürgerlichen SoziologInnen im deutschsprachigen Raum war der deutsche liberale Max Weber (1864–1920), nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen SP-Bundesrat.

Im dritten Band des *Kapital* definierte Karl Marx Klassen auf Grund ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln und unterscheidet deshalb in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zunächst die drei »Grundklassen« der Grundeigentümer, der Produktionsmittelbesitzer (Kapitalisten) und der persönlich und vom Besitz an Produktionsmitteln freien Lohnarbeiter (MEW 25, 892–893). Daneben verwendet er auch einen pragmatischeren Klassenbegriff in seinen historischen Schriften. So versteht er im *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* unter einer Klasse eine Gruppe von Individuen in ähnlicher materieller Lage mit einem jeweils typischen Bildungsstand, kultureller und politischer Orientierung, wie das »(...) Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und die Landbevölkerung« (MEW 8, 121).

In seinem Buch *Wirtschaft und Gesellschaft* verstand Max Weber unter einer sozialen Klasse die Gesamtheit der Klassenlagen, zwischen denen eine Mobilität leicht möglich ist. Klassen stellen nach Weber die Arbeiterklasse, die Kleinbürger, »besitzlose Intelligenz und Fachgeschultheit« (Techniker, Angestellte und Beamte) sowie die »Klasse der Besitzenden und durch Bildung Privilegierten« dar (1956, 223–226). Zentral ist daneben bei Weber auch der Begriff des Standes. Während Weber Klassen wie Marx vor allem als ökonomisch strukturierte Gruppen begreift, zeichnen sich Stände durch typische Lebensführung und allenfalls Vererbung des ständischen Ranges aus.

Die heute wieder wachsenden sozialen Spannungen haben dazu geführt, dass führende SozialwissenschaftlerInnen die Klassentheorien für die heutigen Verhältnisse weiterentwickelt haben. Besonders wichtig ist dabei die Klassentheorie des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1930–2002). Bourdieu hat in erster Linie aufgezeigt, dass auch kulturelle Praktiken und Lebensstile letztlich als Ausdruck der Klassenkämpfe begriffen werden müssen. Neben ›unten‹ und ›oben‹ unterscheidet Bourdieu im ›sozialen Raum‹ auch ›links‹ und ›rechts‹. ›Links‹ befinden sich auf jeder sozialen Stufe jeweils soziale Gruppen mit einem höheren Anteil von Bildung an ihrem gesamten ›Kapitalvolumen‹, ›rechts‹ Gruppen mit mehr ökonomischen Ressourcen.

Das klassenspezifische Wahlverhalten und die Stärke linker Parteien

Die Wahlsoziologie bedient sich heute hybrider Theorieansätze, die sich sowohl aus den Arbeiten von Karl Marx als auch von Max Weber speisen. Oft spricht man von einer pragmatischen Herangehensweise, da die SoziologInnen meist versucht haben, mit ihren Schemata so gut wie möglich die Differenzen innerhalb der ökonomischen Sphäre abzubilden. Diese Klassenschemata nähern sich dem Ansatz von Marx im 18. Brumaire an, da sie versuchen, Klassen so abzubilden, wie sie im Alltag auch erscheinen. Ein wichtiger Vorschlag, der es ermöglicht, Klassen in der heutigen Gesellschaft unter anderem für die Wahlforschung zu erfassen, ist das Klassenschema von Daniel Oesch (2006). Es trägt verschiedenen Entwicklungen wie dem Rückgang der Industrie, dem Zuwachs von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der Zunahme von Berufen mit höheren Ausbildungen (*occupational upgrading*) Rechnung. Das Schema unterscheidet nicht nur vertikal zwischen unterschiedlich guten Positionen auf dem Arbeitsmarkt, sondern ähnlich wie Bourdieu auch horizontal nach verschiedenen »Arbeitslogiken«. Das Klassenschema von Daniel Oesch beruht auf der *International Standard Classification of Occupations* (ISCO), einer detaillierten, von der ILO ausgearbeiteten Kategorisierung der Berufe.

Zahlreiche Arbeiten der Wahlsoziologie in den 1960er und 1970er Jahren belegen für die westlichen Demokratien den engen Zusammenhang zwischen den ArbeiterInnen und den Linksparteien. Generell gesprochen, wird eine gewisse Homogenität der sozialen Klassen bei ihren politischen Präferenzen festgestellt (daher der Begriff des ›class voting‹). Die ArbeiterInnen bilden das Rückgrat der Linksparteien, das Gewerbe und die höheren Angestellten jenes der Rechtsparteien. Diese Konfiguration lässt sich für eine Vielzahl von Ländern in Europa in unterschiedlicher Ausprägung feststellen. Vor diesem Hintergrund haben verschiedene WissenschaftlerInnen den Wahlentscheid der ArbeiterInnen für die Linksparteien

als Ausdruck eines »demokratischen Klassenkampfes« interpretiert (vgl. Walter 1982 und Lipset 1981). Tatsächlich liegt diese Interpretation nahe bei dem, was Engels im Vorwort zu den "Klassenkämpfen in Frankreich" beschrieben hat. Auch er beschrieb, wie sich der Klassenkampf im demokratischen Rahmen abspielt und sich bei Wahlen zeigt. Implizit verweist diese Feststellung umgekehrt auch darauf, dass die WählerInnenstärke der Linksparteien vom ›class vote‹ abhängt. Ein hoher WählerInnenanteil unter den ArbeiterInnen und eine starke Wahlmobilisierung bilden den Garant für die Wahlerfolge der Linksparteien. Der Wahlerfolg der ArbeiterInnen wird damit zur Vorbedingung für alle sozialen Fortschritte, die die Linksparteien dem Kapital abzutrotzen vermögen.

Das Bündnis von ArbeiterInnen und Linksparteien in der Krise

Genau diese elektorale Mobilisierung der ArbeiterInnen als Vorbedingung für die Stärke der Linken und damit für soziale Fortschritte, ist heute in eine schwere Krise geraten. In einer ganzen Reihe von europäischen Ländern lässt sich eine Lockerung der Bande zwischen ArbeiterInnen und sozialistischen Parteien feststellen. Dabei sind Intensität und Timing dieser Veränderungen zwischen den Ländern stark unterschiedlich. In einer Studie aus dem Jahr 2015 über fünf europäische Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Grossbritannien und die Schweiz) konnte ich drei starke Tendenzen feststellen (Rennwald 2015): Seit dem Ende der 1980er Jahre lässt sich eine zunehmend unterschiedliche Wahlmobilisierung in verschiedenen Klassen feststellen. In Ländern, die traditionell ein starkes ›class voting‹ kannten, gab es meist weniger Wahlabstinz unter den ArbeiterInnen als in der gesamten Bevölkerung. Häufig sehen wir heute genau das umgekehrte Phänomen: In der ArbeiterInnenklasse ist die Wahlteilnahme oft sogar am tiefsten. Zweitens verändern die rechts-populistischen Parteien die Konfliktlinien tiefgreifend. Überall, wo solche Parteien Erfolge feiern, werden sie von ArbeiterInnen in Industrie und Dienstleistungen gewählt. Sie gewinnen vor allem unter ArbeiterInnen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, in kleinen Unternehmen und ausserhalb der urbanen Zentren – dort also, wo die ArbeiterInnenbewegung an Zugkraft verliert. Mit ihren Positionen gegen Migration, die sie mehr und mehr mit sich "sozial" gebenden Forderungen verbindet, entwickelt die neue radikale Rechte eine Anziehungskraft auf die ArbeiterInnenmilieus, die die traditionelle Rechte niemals hatte. Drittens hat die ideologische Neuorientierung der Sozialdemokratischen Parteien (der dritte Weg unter Tony Blair in Grossbritannien oder die Neue Mitte der SPD unter Schröder) die politischen Ausrichtungen durcheinander geworfen. Die Regierungszeiten dieser neuen Sozialdemokratien in Grossbritannien, Deutschland und jüngst in Frankreich haben zur massiven Demobilisie-

rung der ArbeiterInnen bei Wahlen geführt. Viertens lässt sich festhalten, dass sich das Wahlverhalten der ArbeiterInnen zunehmend zersplittert, während jenes der leitenden Angestellten und der bürgerlichen Klassen stabil rechts bleibt.

Diese Veränderungen des Wahlverhaltens der IndustriearbeiterInnen zeigen sich auch in der Schweiz. Wir haben die Entwicklung des Wahlentscheids der schweizerischen ArbeiterInnen während einer Periode von vierzig Jahren (1971–2011) analysiert (Rennwald und Zimmermann 2016). Es handelt sich hier um ArbeiterInnen im engeren Sinn, die vorwiegend in der Industrie, dem Baugewerbe und dem Transportsektor tätig sind. In den 1980er Jahren begannen die Sympathien für die Sozialdemokratie in der ArbeiterInnenschaft zu erodieren. Ab Mitte der 1990er Jahre entschieden sich ArbeiterInnen nur noch unterdurchschnittlich für die SP. Übervertreten war in dieser WählerInnenkategorie dagegen die sich nun zunehmend rechtspopulistisch positionierende SVP. Diese Entwicklung vollzog sich somit in zwei Schritten: Ende der 1980er Jahre war noch keine klare Umorientierung der Parteipräferenzen der ArbeiterInnen zu beobachten. Erst ab den Wahlen 1995 wandten sie sich vermehrt der SVP zu. Es lassen sich also zwei Prozesse unterscheiden, die wahrscheinlich nicht dieselben Personen betreffen, sondern sich über den Generationenwechsel vollzogen. Die schweizerische Sozialdemokratie behält bis heute eine starke Bindung zu den Lohnabhängigen. Es handelt sich aber um andere Segmente als früher. Heute werden die Linksparteien (SP und Grüne) vor allem von den sozio-kulturellen SpezialistInnen gewählt, das heisst den gut qualifizierten Fachkräften im Sozialbereich, im Gesundheits- und Bildungswesen, sowie in Medien und Kulturinstitutionen. In veränderter Form handelt es sich auch hier um ein ›class voting‹. Die sozio-kulturellen SpezialistInnen unterscheiden sich zwar in vielen Aspekten von den ArbeiterInnen: Sie sind höher qualifiziert, haben bessere Löhne und sind besser gegen Risiken abgesichert. Trotzdem sollten die Unterschiede nicht überbetont werden. Es gibt nämlich durchaus auch gewisse Kontinuitäten zwischen diesen neuen Wählerschichten und der Tradition der ArbeiterInnenbewegung. Die sozio-kulturellen SpezialistInnen gehören heute zu den gewerkschaftlich am stärksten organisierten Gruppen. Im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen kam es in den letzten beiden Jahrzehnten häufiger zu Streiks als in den meisten gewerblichen und industriellen Branchen. Da sie gewissermassen als das Personal des Sozialstaats betrachtet werden können, sind ihre Arbeitsbedingungen ziemlich direkt abhängig von der Stärke der ArbeiterInnenbewegung. Zudem ist bei den gewerkschaftlich organisierten Teilen der traditionellen ArbeiterInnenklasse nach wie vor die SP klar stärkste Partei.

Marx war es immer wichtig zu zeigen, dass objektive Klassenlagen nur

unter bestimmten Umständen dazu führen, dass Klassen auch als politisch bewusst agierende Gruppen auftreten. Diese – nicht vom ihm selbst, sondern in der späteren Literatur manchmal als Verwandlung einer »Klasse an sich« (objektive Klassenlage) zur »Klasse für sich« (mobilisierte Klasse) bezeichneten – Formierungsprozesse sind ein zentrales Element, um zu verstehen, was gerade passiert. Die vorliegenden und hier beschriebenen empirischen Arbeiten lassen den Schluss zu, dass das unterschiedliche Klassenverhalten bei Wahlen zumindest teilweise auf die Bemühungen der politischen Parteien zurückgeführt werden kann, die ArbeiterInnen als Klasse zu organisieren. Es bleibt auch heute eine zentrale Aufgabe linker Parteien, für eine Klassensolidarität aller Lohnabhängigen – unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Religion – einzutreten. Hier liegt auch ein wichtiger Schlüssel für die Überwindung der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie und der übrigen Linken.

Dieser Text wurde aus dem französischen Original übersetzt. Übersetzung: Cédric Wer-muth, Adrian Zimmermann

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1979): *La distinction: critique sociale du jugement*. Paris
- Engels, Friedrich ([1895] 1977): Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«. In Marx Engels Werke 22. Berlin
- Korpi, Walter (1983): *The Democratic Class Struggle*. London
- Lipset, Seymour Martin (1981): *Political Man: The Social Bases of Politics*. Baltimore
- Marx, Karl ([1894] 1977): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3. In: Marx Engels Werke 25, Berlin
- Marx, Karl, ([1852] 1973): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: Marx Engels Werke 8. Berlin
- Marx, Karl und Engels, Friedrich ([1848] 1972): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Marx Engels Werke 4, Berlin
- Oesch Daniel (2006): *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*. London
- Przeworski, Adam und Sprague, John (1986): *Paper Stones: A History of Electoral Socialism*. Chicago
- Rennwald, Line (2015): *Partis socialistes et classe ouvrière. Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970–2008)*. Neuchâtel
- Rennwald, Line und Zimmermann, Adrian (2016): *Der Wahlentscheid der Arbeiter in der Schweiz, 1971–2011*. In: *Social Change in Switzerland* Nr. 4.
- Weber, Max ([1922] 1956): *Wirtschaft und Gesellschaft*. 1. Halbband. Tübingen 1956